

Beschluss des BDU-Präsidiums zu Demokratie und Rechtsstaat

Bonn, 15. Februar 2024

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt derzeit Umbrüche wie seit vielen Jahren nicht mehr. Unser Land, die Europäische Union und die Weltgemeinschaft müssen sich tiefgreifenden Veränderungen sowie Multikrisen stellen. Auch unsere Wirtschaft ist davon betroffen. Das führt zu großen Unsicherheiten bei den Menschen in unserem Land.

Dennoch, wir haben in den vergangenen Jahrzehnten schon viele politische und wirtschaftliche Krisen gemeistert. Wir dürfen bei der Lösung der Probleme auf die gewachsenen und gefestigten Strukturen der Demokratie, des Rechtsstaats, aber auch der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und der Europäischen Union vertrauen.

Diese Strukturen garantieren die Freiheit zum politischen Diskurs und zum Wettstreit unterschiedlicher Meinungen - auch mit harten Bandagen, das ist das Wesen einer reifen parlamentarischen Demokratie und eines freiheitlich verfassten Staates. Sie sind zugleich das belastbare Fundament für die nötige Modernisierung staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen. Die Politik hat dabei stets die Pflicht, verlässliche und klare Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschlands zu schaffen.

Die notwendige politische Auseinandersetzung und der Wettstreit um die beste Lösung müssen in den Grenzen des Grundgesetzes bleiben. Extremistische Positionen, sei es rechts, links oder aus religiösen Motiven sollten nicht toleriert werden. Es liegt in der Verantwortung von Politik, Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und uns als Beratungsbranche, eindeutig für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft einzustehen und diese Werte entschieden zu verteidigen.

Ralf Strehlau, Präsident
Iris Grewe, Vizepräsidentin
Ricarda Memel, Vizepräsidentin
Dr. Klaus Neuhäuser, Vizepräsident
Wolfram Tröger, Vizepräsident

Nicole Averagesch, Geschäftsführerin
Kai Haake, Geschäftsführer

